



Gut vorbereitet für den Ernstfall – in unserer Kommune packen wir gemeinsam an!

Dokumentation der Fokusgruppen



Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	3
Executive Summary	5
Einführung	6
Beteiligte Kommunen	8
① Austausch der Perspektiven	10
② Prävention ist nötig und möglich	14
③ Information als Dauerbrenner	19
„Diese Gespräche hätten wir vorher führen müssen.“	22
④ Aufmerksamkeitsfokus als Belastung	27
⑤ Die Krise bewältigt man nicht allein	30
⑥ Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist Krisenvorsorge	34
Wie geht es weiter?	38
Appendix	40
Projektpartner	42
Impressum	43

Grußwort



Liebe Leserinnen und Leser,

Hochwasser, Hitze, Stromausfälle, Sabotageakte: Die Welt hat sich verändert. Katastrophen nehmen zu und Krisen werden wahrscheinlicher. Das geht nicht spurlos an uns vorüber. Es hinterlässt ein Gefühl von Unsicherheit.

Tatsache ist: Wir können nicht alle Eventualitäten beeinflussen oder verhindern. Aber wir können uns vorbereiten. Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Blaulichtfamilie, Zivil- und Katastrophenschutz sind längst an der Arbeit. Es wird an Krisenplänen, Einsatzszenarien, Übungen, Maßnahmen und Schutzkonzepten gearbeitet.

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes fühlen sich aber oft noch unvorbereitet. Dabei ist klar, dass wir Krisen nur gemeinsam gut bewältigen können. Um die Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen, hat Frau Staatsrätin a. D. Barbara Bosch das Projekt

„Gut vorbereitet für den Ernstfall – in unserer Kommune packen wir gemeinsam an!“ initiiert. Denn nur gemeinsam können wir „resilient“ werden.

Die erste Projektphase ist umgesetzt. In fünf Kommunen, die Krisen durchlebt haben, wurden Dialoge geführt. Im Mittelpunkt stand die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger. Sie trugen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung, Blaulichtfamilie und Bevölkerungsschutz zusammen, was in der Krise funktionierte, was fehlte und was anderen künftig helfen kann. Dabei wurde deutlich, wie wichtig es ist, zuzuhören, voneinander zu lernen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Der vorliegende Bericht macht diese Erfahrungen sichtbar. Es ist eine Momentaufnahme und geprägt von persönlichen Wahrnehmungen und Einschätzungen. Der Bericht bildet damit die Basis für die zweite Projektphase. Kommunen bereiten sich gemeinsam mit den Menschen vor Ort vor und erarbeiten Maßnahmen für den Krisen- und Katastrophenfall. Denn gute Krisenvorsorge lebt vom Mitmachen. Jeder kann einen Beitrag leisten, im Ehrenamt, in der Nachbarschaft und durch Eigenvorsorge.

Ich freue mich sehr, dass die Baden-Württemberg Stiftung die Finanzierung der zweiten Projektphase übernommen hat und die Allianz für Beteiligung die nächsten Projektschritte umsetzt. Ein besonderer Dank gilt den teilnehmenden Kommunen und den Menschen, die ihre Erfahrungen im Rahmen der Fokusgruppen mit großer Ernsthaftigkeit und Empathie eingebracht haben. Ihr Engagement hilft dabei, Baden-Württemberg noch besser auf künftige Krisen vorzubereiten.

Es ist die Aufgabe aller, die neuen Realitäten mutig anzunehmen.

Leonie Dirks
Staatsministerin und Chefin der Staatskanzlei



”

Ich habe dieses Projekt initiiert, weil wir alle merken, dass wir uns wappnen müssen. Die Bevölkerungsschutzorganisationen und Behörden tun dies, indem sie ihre Erfahrungen aus Kriseneinsätzen und Übungen auswerten. Doch eine Gruppe wurde dabei bislang zu wenig einbezogen: die Bevölkerung. Dabei hat sie als Betroffene ihre eigene Sicht auf das, was passiert ist. Diese Lücke möchte ich schließen. Die Zivilgesellschaft soll sich nicht nur besser vorbereiten können. Sie zeigt zudem in der Krise große Bereitschaft, anderen zu helfen. Das soll vor Ort wirkungsvoll unterstützt und besser mit den Profis verzahnt werden. Davon profitieren alle – nicht nur im Ernstfall.

“

Barbara Bosch,
Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung a. D.

Executive Summary

Ziel des Projekts ist die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz. Das Projekt vollzieht dabei einen Perspektivwechsel im Bevölkerungsschutz: Die Bevölkerung wird nicht länger nur als passives Schutzobjekt verstanden, sondern als aktiver Part. Ihre Erfahrungen und Bedürfnisse werden gemeinsam mit Verwaltung und Einsatzorganisationen in praxisnahe Erkenntnisse für eine krisenfestere Gesellschaft übersetzt. Folgende Handlungsfelder wurden dafür gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern identifiziert.

1 Austausch der Perspektiven:

Der direkte Dialog zwischen Verwaltung, Einsatzkräften und Bevölkerung schafft gegenseitiges Verständnis, adressiert die Bedürfnisse und ermöglicht, die Vielfalt der Bevölkerung aktiv mitzudenken und einzubinden.

2 Prävention ist nötig und möglich:

Wer Zuständigkeiten, Abläufe und Eigenvorsorge vor der Krise mit der Bevölkerung klärt und regelmäßig übt, gewinnt im Ernstfall wertvolle Zeit und Handlungsfähigkeit. Denn Vertrauen, Wissen und funktionierende Strukturen entstehen nicht im Ereignis selbst, sondern lange davor.

3 Information als Dauerbrenner:

Schnelle, transparente und über unterschiedliche Kanäle verbreitete Informationen sind im Krisenfall das zentrale Bedürfnis der Bevölkerung. Deshalb muss dies als Kernaufgabe verstanden werden. Bereits vor dem Ernstfall sollten klare Zuständigkeiten, vorbereitete Materialien und bekannte Anlaufstellen organisiert werden.

4 Aufmerksamkeitsfokus als Belastung:

Hohes Medieninteresse und Schaulustige belasten Betroffene und Einsatzkräfte erheblich. Daher braucht es professionelle Pressearbeit, konsequente Absperrungen, geschützte Rückzugsräume und eine frühzeitige Sensibilisierung der Bevölkerung.

5 Die Krise bewältigt man nicht allein:

Psychosoziale Unterstützung muss fester Bestandteil des Krisenmanagements sein. Niedrigschwellige und zielgruppengerechte Unterstützung sollte auch noch Monate nach dem Ereignis zur Verfügung stehen, da Belastungen bei Betroffenen wie Einsatzkräften oft erst mit zeitlichem Abstand sichtbar werden.

6 Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist Krisenvorsorge:

Funktionierende Nachbarschaften, Vereine und lokale Netzwerke sind eine entscheidende Ressource der Krisenbewältigung. Dieses Potenzial entfaltet sich jedoch nur dann, wenn sie in „guten“ Zeiten gepflegt und im Ernstfall professionell koordiniert wird.

Über alle Handlungsfelder hinweg zeigt sich: Krisenvorsorge gelingt dort, wo Verwaltung, Einsatzorganisationen und Bevölkerung schon vorher zusammenarbeiten und in einen Dialog mit konkreten Maßnahmen treten. Diese Erkenntnis gilt es in der nächsten Projektphase zu übersetzen. Eine resiliente Gesellschaft ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die systematisch vorbereitet, geübt und dauerhaft gestaltet werden muss.

Einführung

Im März und April 2026 fanden insgesamt fünf Fokusgruppen statt. An jeder Fokusgruppe nahmen etwa 20 Personen teil. Darunter einerseits Bürgerinnen und Bürger, Zivilgesellschaft und Gewerbetreibende und andererseits Personen aus Verwaltung, Blaulichtfamilie und Bevölkerungsschutz. Die genaue Zusammensetzung der Fokusgruppen erfolgte in enger Absprache mit der jeweiligen Kommune.

Während die „Profis“ geschult sind, fällt es Bürgerinnen und Bürgern schwerer, sich zum Thema Krisenvorsorge zu äußern. Doch genau um ihre Sichtweise und Wahrnehmung ging es. Daher wurde bei der Konzeption und Moderation der Workshops auf einen vertrauensvollen und konstruktiven Austausch zwischen den unterschiedlichen Gruppen geachtet. Zum Beispiel durch einen methodischen Wechsel zwischen Einzelreflexion, Arbeit in Kleingruppen und gemeinsamem Austausch im Plenum. Ein exemplarischer Ablaufplan ist auf Seite 7 abgebildet.

Am Ende der Fokusgruppen wurden alle Schriftprotokolle gesichtet und im vorliegenden Bericht nach Themen zusammengefasst. Besonders wertvoll erschienen Zitate und konkrete Ideen oder Handlungsempfehlungen, die als solche im Bericht gekennzeichnet sind. Die Ergebnisse sind gebündelt auch in einer Themenlandkarte wiedergegeben (siehe Seite 22–23). Auf dieser Basis wird in der nächsten Projektphase gearbeitet.

Zusätzlich beinhaltet der Bericht Ergebnisse aus einem Fragebogen, den die Teilnehmenden am Ende jeder Fokusgruppe beantworten konnten. Darin enthalten waren Fragen zu ihrem subjektiven Sicherheitsgefühl bezüglich unterschiedlicher Krisenszenarien. Dabei zeigte sich, dass sich das Bedürfnis nach Krisenvorbereitung durch das Erlebte noch verstärkte. Beeindruckend ist auch die Bereitschaft, sich persönlich zu beteiligen und im Ernstfall mit anzupacken (siehe Seite 40 und 41). Diese Bekenntnisse sind ein Auftrag, den wir ebenso in die zweite Projektphase mitnehmen.

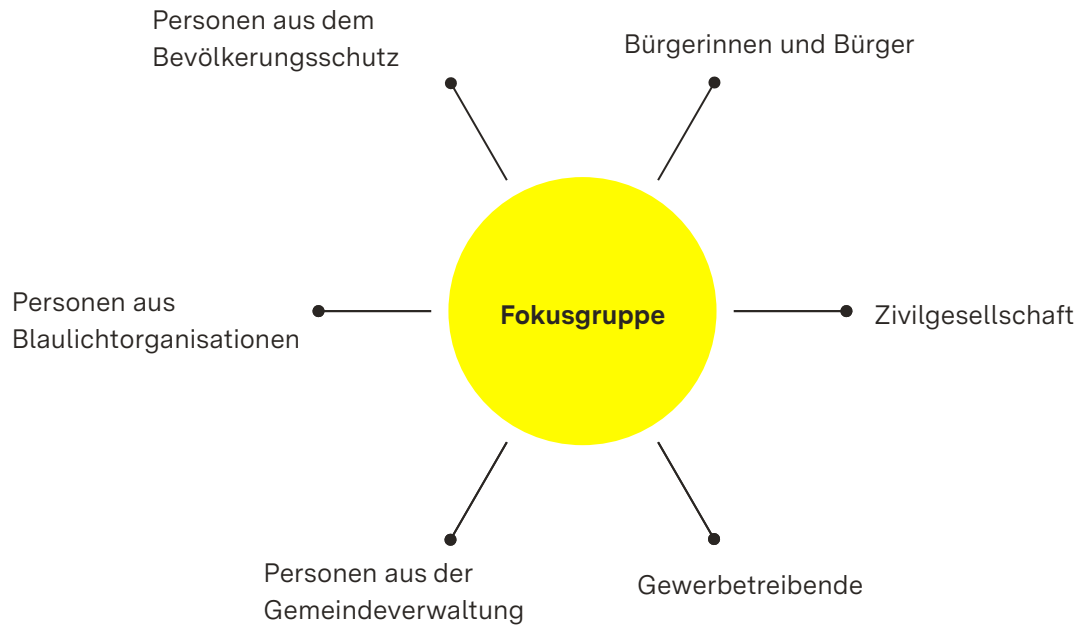
Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es wurden bewusst die Aussagen und Informationen aus den fünf Fokusgruppensitzungen aufgenommen, die mit Blick auf die Bevölkerung relevant sind und die für die weitere Arbeit am Thema hilfreich erscheinen.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle dem Initiativkreis, der während des gesamten Prozesses beraten hat. Mitglieder waren Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, den Verbänden und der Wissenschaft.

Wir wünschen eine inspirierende Lektüre!



Zusammensetzung einer Fokusgruppe



Einblick: so wurde in den Fokusgruppen gearbeitet

Ablauf

1. Begrüßung und Rahmen setzen

Einordnung des Projekts, Kennenlernen im Raum und Überblick über Ablauf, Ziele und Gesprächskultur.

Menschen, um informiert, erreicht und eingebunden zu werden?

Kleingruppen, Austausch im Plenum

2. Erfahrungen sichtbar machen

Austausch über persönliche Erfahrungen aus der Krisensituation: Was war herausfordernd? Was hat geholfen? Was hat gefehlt?

Einzelreflexion, Interviews, Austausch im Plenum

5. Ideen für zukünftigen Umgang

Konkrete Ideen entwickeln: Wie können wir Kommunikation, Einbindung und Zusammenarbeit in zukünftigen Krisen verbessern?

Kleingruppen

3. Pause

Zeit für informellen Austausch.

6. Übertragbarkeit sichern

Zentrale Erkenntnisse festhalten: Was sollten andere Kommunen aus unseren Erfahrungen lernen?

Einzelreflexion, Austausch im Plenum

4. Bedürfnisse klären

Gemeinsam herausarbeiten: Welche Bedürfnisse zeigen sich in Krisen? Was brauchen

7. Abschluss

Zusammenfassung, Ausblick und Feedback.

Beteiligte Kommunen



Rastatt

Ereignis: Bombenfund; im Oktober 2025 wurde eine amerikanische Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt und entschärft. Für die Bergung mussten rund 3.000 Menschen im Umkreis von 500 Metern ihre Wohnungen verlassen.

Zusammensetzung der Fokusgruppe: 22 Personen aus Verwaltung, Blaulichtorganisationen, betroffene und nicht betroffene Bürgerinnen und Bürger und Zivilgesellschaft

Datum der Fokusgruppe: 22.04.2026



Villingen-Schwenningen

Ereignis: Großbrand; im Juni 2025 zerstörte ein Großbrand fünf Gebäude in der historischen Innenstadt, zwei weitere Gebäude wurden erheblich beschädigt. Insgesamt waren 35 Menschen unmittelbar betroffen und verloren teilweise ihr Zuhause.

Zusammensetzung der Fokusgruppe: 21 Personen aus Verwaltung, Blaulichtorganisationen, betroffene Bürgerinnen und Bürger, Zivilgesellschaft und Gewerbe

Datum der Fokusgruppe: 20.04.2026

Rastatt

Villingen-Schwenningen

Rudersberg

Ereignis: Hochwasser; Anfang Juni 2024 führten Starkregen und Hochwasser zu Schäden von über 120 Millionen Euro. Mehr als 1.000 Haushalte waren betroffen, zahlreiche öffentliche Einrichtungen wurden beschädigt.

Zusammensetzung der Fokusgruppe: 21 Personen aus Verwaltung, Blaulichtorganisationen, betroffene Bürgerinnen und Bürger, Zivilgesellschaft und Gewerbe

Datum der Fokusgruppe: 04.03.2026



Rudersberg

Riedlingen

Ereignis: Zugunglück; am 27. Juli 2025 entgleiste nahe Riedlingen ein Regionalzug infolge eines durch Starkregen ausgelösten Hangrutsches. Drei Menschen kamen ums Leben, zahlreiche weitere wurden verletzt.

Zusammensetzung der Fokusgruppe: 17 Personen aus Verwaltung, Blaulichtorganisationen, betroffene und nicht betroffene Bürgerinnen und Bürger

Datum der Fokusgruppe: 16.04.2026



Riedlingen

Meckenbeuren

Meckenbeuren

Ereignis: Hochwasser; im Juni 2024 führte ein außergewöhnliches Hochwasser zu einem Pegelstand oberhalb der bisherigen 100-jährlichen Hochwassermarke. Rund 1.300 Menschen mussten ihre Häuser verlassen, besonders betroffen war der Ortsteil Brochenzell.

Zusammensetzung der Fokusgruppe: 20 Personen aus Verwaltung, Blaulichtorganisationen, betroffene Bürgerinnen und Bürger und Zivilgesellschaft

Datum der Fokusgruppe: 27.04.2026



1 Austausch der Perspektiven

Dialogformat schafft gegenseitiges Verständnis und bringt Perspektiven zusammen

Miteinander statt übereinander reden – der direkte Dialog macht Krisen besser handhabbar

Die Fokusgruppen haben eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig der direkte Dialog zwischen Verwaltung und Einsatzkräften mit der Bevölkerung ist – sowohl für die Nachbereitung eines Krisenereignisses als auch zur Vorbereitung auf künftige Krisen.

Einerseits hilft dieser Austausch der Bevölkerung gewisse Entscheidungslogiken und Vorgehen der Einsatzkräfte und der Verwaltung zu verstehen.

„Jetzt habe ich verstanden, dass nach Betroffenheit priorisiert werden muss und es einfach Leute gab, die stärker betroffen waren.“

Bürgerin

Andererseits wurde deutlich, wie wichtig es für die Einsatzkräfte ist, Betroffene unmittelbar anzuhören, um ihre tatsächlichen Bedürfnisse in Krisensituationen zu verstehen. Denn diese können von dem abweichen, was Entscheidungsträger für sinnvoll halten. So wurde in einer Fokusgruppe berichtet, dass ein Angebot psychosozialer Unterstützung während des Ereignisses kaum angenommen wurde. Eine Teilnehmerin schilderte, dass sie während des Ereignisses für solche Unterstützung noch gar nicht bereit gewesen sei. Gebraucht hätte sie diese erst Monate später (siehe auch Themenfeld 4 „Die Krise bewältigt man nicht allein“).

„Eine zentrale Erkenntnis ist für mich, dass die Bedürfnisse der direkt Betroffenen nicht immer dem entsprechen, was wir gutmütig annehmen. Wir müssen ins Gespräch kommen.“

Vertreterin Blaulichtorganisation

Einigkeit bestand darüber, dass erfolgreiche Krisenbewältigung nicht allein Aufgabe von Verwaltung und Einsatzkräften ist, sondern alle angeht:

„Die Verantwortlichen vor Ort sollten die Bevölkerung bei ihren Planungen nicht außen vor lassen. Für das Sicherheitsgefühl von Betroffenen nach einer Flut ist es wichtig zu wissen, was geplant wird und ob und wie die Bevölkerung künftig geschützt werden soll.“

Bürger

Dies legen auch die Ergebnisse aus dem Fragebogen nahe (siehe Seite 40 und 41).

✓ Ideen und Handlungsansätze

- Bei Aufarbeitung des Ereignisses **Bevölkerung miteinbeziehen** (zum Beispiel per Umfrage, Workshops, ...).
- Betroffene aktiv **nach ihren Bedürfnissen fragen**.
- **Schrittweise** aufeinander aufbauende **Übungen zur Prävention**:
 - zunächst nur die Hilfsorganisationen,
 - dann Hilfsorganisationen gemeinsam mit der Verwaltung,
 - schließlich Hilfsorganisationen, Verwaltung und Bürgerschaft zusammen.

Alle mitnehmen – Krisenreaktion muss zur Breite der Bevölkerung passen

Krisen treffen nicht alle gleich. Was für eine Person gut handhabbar ist, kann für eine andere eine existenzielle Überforderung bedeuten – je nach Sprache, Gesundheit, Alter, familiärer Situation oder Vorerfahrung. Die verschiedenen Rückmeldungen aus den Fokusgruppen machten deutlich: Eine gute Krisenvorsorge muss die Lebenswelten der Bevölkerung aktiv mitdenken.

Eine Familie mit Fluchterfahrung berichtete, wie belastend es für sie war, in einer Notunterkunft in einem Obdachlosenheim untergebracht zu werden. Es kamen alte Ängste hoch und ihre Kinder wurden unter anderem mit dem Rauschmittelkonsum der Bewohner konfrontiert.

„Plötzlich hatten wir kein Zuhause mehr. Anstatt im Hotel sind wir im Heim untergebracht worden. Notunterkünfte und Obdachlosenheime sollten getrennt werden.“

Bürgerin

„Info mehrsprachig!“ – diese Forderung steht stellvertretend für viele ähnliche Rückmeldungen aus Ortsteilen mit hohem Migrationsanteil in der Bevölkerung. Für manche Gruppen bedarf es auch besonderer Kanäle: Menschen in häuslicher Pflege sind etwa nur über Pflegedienste zu erreichen. Familien erreicht man gut über Schulen und Kitas.

Der Umgang mit Kindern war in den Fokusgruppen immer wieder Thema. Sie erleben Krisen anders als Erwachsene und brauchen andere Erklärungen und Begleitung. Das Ereignis beschäftigt sie oft noch Monate danach. Gleichzeitig fällt im Krisenfall häufig genau die Kinderbetreuung aus, die Eltern entlasten würde. Im Ernstfall ist Kinderbetreuung außerdem auch eine Sicherheitsfrage:

„Kinder haben im Schlamm gespielt – da war teilweise ja auch noch Müll und Heizöl.“

Bürgerin

Auch körperliche und psychische Einschränkungen sollten explizit berücksichtigt werden. Erfolgreiche Maßnahmen aus einer Kommune waren beispielsweise die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für pflegebedürftige Menschen in Evakuierungshallen sowie eine Hotline für Evakuierungstransporte für mobilitätseingeschränkte Personen.

„Wir müssen auch an alte Menschen denken, insbesondere die alleine wohnen.“

Bürgerin

Zudem wurde darauf hingewiesen, dass ältere Menschen und Neuzugezogene, mit weniger lokalen Kenntnissen, besonders bedacht werden müssen.

Auch kulturelle und religiöse Aspekte müssen mitgedacht werden.

„Glaube muss respektiert werden. Beten oder Rituale sind in Notsituationen besonders wichtig.“

Bürgerin

Schließlich wurde auch der Hinweis eingebracht: Je mehr Menschen in der Lage sind, sich selbst zu helfen, desto mehr Kapazitäten bleiben für diejenigen, die es nicht können. Die Stärkung der Eigenvorsorge ist deshalb auch eine Frage der Solidarität mit vulnerablen Gruppen.

„In der Badener Halle [Evakuierungsunterkunft] waren mehrere Katzen und Hunde, und nicht alle haben sich logischerweise vertragen.“

Vertreter Blaulichtorganisation

Auch der Umgang mit Tieren spielt in nahezu allen Krisen- und Katastrophensituationen eine Rolle. In einer Fokusgruppe schilderten Teilnehmende was dies bei der Evakuierung bedeutete:

„Herausfordernd war, dass ich irgendwie meine Haustiere (drei Babyhasen) und mein Gepäck transportieren musste. Ich habe kein Auto.“

Bürgerin

Als Wunsch für künftige Krisen wurde genannt, bessere Lösungen zu entwickeln und klarer zu kommunizieren, wie im Evakuierungsfall mit Haustieren umzugehen ist. Darüber hinaus brachte eine Teilnehmerin ein, dass in Krisen- und Katastrophensituationen neben Haustieren auch Wildtiere stärker berücksichtigt werden sollten.

„Ich gehe nicht ohne mein Tier.“

Bürgerin

✓ Ideen und Handlungsansätze

- **Liste über vulnerable Personengruppen** und deren Einrichtungen anlegen und pflegen. Darin enthalten sein müssen Kontaktpersonen und -kanäle, um im Krisenfall deren Erreichbarkeit sicherzustellen.
- **Besondere Bedarfe in Evakuierungshallen** mitdenken, zum Beispiel Rückzugsmöglichkeiten für Menschen mit Autismus oder Betreuung für Menschen mit Demenz.
- **Umgang mit Tieren vorher klären** und im Evakuierungsfall rasch kommunizieren.
- **Leitfäden für Neuzugezogene**
- **Info in mehreren Sprachen** vorhalten und gezielt verbreiten.



Fokusgruppe Rudersberg



„Die professionelle Nachbearbeitung eines solchen Ereignisses in der Fokusgruppe ist für alle Beteiligten ein Mehrwert. Insbesondere mit dem zeitlichen Abstand konnten verschiedene Themen nochmals sachlich und in verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Ich hoffe, dass unsere Erfahrungen im Rahmen des Projekts anderen Städten und Gemeinden helfen können, solche außergewöhnlichen Lagen erfolgreich zu bewältigen.“

Raimond Ahrens, Bürgermeister Rudersberg



Straßenansicht in Rudersberg nach dem Hochwasser 2024; Quelle: Gemeinde Rudersberg

2 Prävention ist nötig und möglich

Je mehr Prävention, desto mehr Menschen sind handlungsfähig im Krisenfall

Gut vorbereitet ist halb bewältigt – von Übungen bis Zuständigkeiten

„Wir hätten VORHER solche Gespräche führen müssen“ — Dieser Satz bringt auf den Punkt, was sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche zog: Das Vorbereiten in „guten“ Zeiten macht den entscheidenden Unterschied.

Viele Teilnehmende schilderten jedoch, dass der Ereignisfall sie völlig unvorbereitet traf:

„Alles war neu, wir wussten nicht, was auf uns zukommt.“

Bürger

Fehlende Vorbereitung birgt auch die Gefahr von Fehlverhalten. So kam es in der Bürgerschaft in Rudersberg beispielsweise zu unterschiedlichen Auffassungen, ob durch Hochwasser ausgetretenes Heizöl in die Kanalisation gepumpt werden dürfe. Darüber hinaus wurde deutlich, wie wichtig eine frühzeitige Information der Bevölkerung über behördliche Zuständigkeiten ist. Unklarheiten führten dazu, dass Anfragen bei falschen Stellen eingingen und Kapazitäten unnötig gebunden wurden.

„Bei uns im Landratsamt kam der Anruf eines Betroffenen ‚Pumpt mir den Keller aus.‘“

Vertreter Verwaltung

Auch innerhalb der Verwaltung und Blaulichtorganisationen zeigten sich Lücken bei Zuständigkeiten und Abstimmungsprozessen. Das betraf die interne Koordination der Verwaltung ebenso wie die Zusammenarbeit mit Blaulichtorganisationen, dem Landkreis und weiteren Behörden.

Aus Sicht der Bevölkerung war das Vertrauen in handlungsfähige und kompetente Verantwortliche ein zentrales Sicherheitsbedürfnis.

„In Krisen brauchen wir ein Gefühl von Sicherheit, dass wir den Eindruck haben, da sind Leute, die wissen, was sie machen.“

Bürgerin

Dieses Vertrauen entsteht nicht im Ereignisfall, sondern entlang bestehender Beziehungen: Wo die Koordination gut funktionierte, wurde das oft auf eine eingespielte Teamarbeit zurückgeführt: „In Krisen musst du deine Köpfe kennen“, wie es in mehreren Fokusgruppen hieß. Das heißt, Zuständigkeiten und Ansprechpersonen, die vorher geklärt sind, sparen im Ernstfall wertvolle Zeit.

„Wir sprechen hier auch von der Hochwasserdemenz, also dass man vergisst, dass es wiederkommen kann. Deswegen müssen wir uns immer wieder bewusst darauf vorbereiten.“

Vertreter Verwaltung

Konkret wünschen sich die Teilnehmenden regelmäßige Übungen für Krisenstäbe, Blaulichtorganisationen und die Bevölkerung gleichermaßen, klare Ablaufpläne und Zuständigkeiten, die vor einer Krise definiert und bekannt sind. Gefordert werden außerdem niedrigschwellige Informationsangebote – etwa in Schulen, Vereinen oder über Broschüren.

„Die Bevölkerung muss wacherüttelt werden. Wir brauchen Ernsthaftigkeit bei dem Thema.“

Bürgerin

✓ Ideen und Handlungsansätze

- **Persönliches Risiko auf dem eigenen Grundstück** kennen und entsprechend vorsorgen.
- **Niederschwellige Beratungsstelle**, die kostenfrei zu Schutzmaßnahmen für Gebäude und Grundstücke berät.
- **Offizielle Informationskanäle, Ansprechpartner und Zuständigkeiten** bekannt machen, inklusive einer übersichtlichen Liste mit Telefonnummern und konkreten Anlaufstellen, die im Vorfeld erstellt und verbreitet wird (inkl. offizielle Pressekontakte).
- **Zentrale Anlaufstellen und Sammelstellen** je Ortsteil festlegen und bekanntmachen.
- **Mehrstufiger Notfallplan** mit konkreten Handlungsempfehlungen je Warnstufe erstellen und verteilen.
- **Bevölkerung sensibilisieren**. Regelmäßig und niedrigschwellig, zum Beispiel durch den Warn-tag, Marktstände, Testimonials oder Besuche der Einsatzkräfte in Einrichtungen wie Pflegeheimen.
- **Leitfäden** für verschiedene Katastrophenszenarien entwickeln:
 - Präventivmaßnahmen (zum Beispiel Heizöltank sichern),
 - Erstmaßnahmen im Krisenfall (zum Beispiel nicht in den Keller gehen, nicht durch Hochwasser laufen – Stromschlaggefahr),
 - **Hinweise zur Selbsthilfe und Eigenvorsorge** (inkl. Notfalltasche),
 - die Leitfäden regelmäßig im Amtsblatt veröffentlichen und im Rathaus auslegen.
- **Verschiedene Krisenszenarien gedanklich durchspielen**, auch im privaten Umfeld: Was würde ich im Ernstfall tun? Was vorher verinnerlicht wurde, ist im Ernstfall besser abrufbar.
- **Grundkenntnisse in Erster Hilfe** und Notfallverhalten bereits im Kindergartenalter vermitteln und in Schulen durch regelmäßige Katastrophenschutzübungen vertiefen.
- **Grundwissen in Schulen und Vereinen** verankern und üben, zum Beispiel mit Feuerwehrangehörigen als Multiplikatoren.
- **Regelmäßige, praxisnahe Übungen mit der Bevölkerung**, zum Beispiel:
 - Erste-Hilfe-Kurs in größeren Abständen,
 - richtiges Befüllen von Sandsäcken,
 - einfach zugänglich über Videos, Leitfäden und ortsspezifische Beispiele.
- **Vorhandene Ressourcen konsequent nutzen** (zum Beispiel vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe): Stabsarbeit, Notfalltreffpunkte einrichten, Bevölkerung ausstatten.

Fokusgruppe Riedlingen



„Eine zentrale Erkenntnis der Fokusgruppe war für mich: Resilienz entsteht durch Zusammenarbeit. Verwaltung, Einsatzkräfte und Bürgerschaft müssen im Ernstfall ineinandergreifen. Dafür brauchen wir geübte Rollen, klare Kommunikation und ein starkes Unterstützungsnetz auch für unsere Helfenden – unmittelbar im Einsatz und bei der Verarbeitung danach.“

Marcus Schafft, Bürgermeister Riedlingen



Bergung und Rettung nach Zugunglück in Riedlingen; Quelle: Stadt Riedlingen

Nach der Krise ist vor der Krise – schon bei der Vorbereitung an die Nachbereitung denken

Der Lernzyklus endet nicht mit dem Ereignis selbst. Auch die Nachbereitung sollte einen festen Platz haben. Neben der einsatztechnischen Nachbesprechung für Einsatzkräfte braucht es Raum für die Bevölkerung, das Erlebte gemeinsam zu verarbeiten. Dabei wurde auch auf die oft unterschätzte Langzeitwirkung hingewiesen. Betroffene dürften nach der unmittelbaren Hilfsphase nicht vergessen werden.

Eine gezielte Nachbereitung ist zudem eine Chance, sich auch auf andere Krisenereignisse vorzubereiten.

„Ein Katastrophenereignis findet nicht nur in der Akutphase statt, sondern wirkt lange nach.“

Bürgerin

✓ Ideen und Handlungsansätze

- **Verschiedene Angebote zur Verarbeitung** des Erlebten bereitstellen.
- **Öffentliche Informationsveranstaltungen im Nachgang** mit Expertenbeteiligung anbieten. Dabei verschiedene Formate für direkt und indirekt Betroffenen vorsehen.
- **Ergebnisse der Aufarbeitung** sowie Informationen über geplante Schutzmaßnahmen **transparent mit der Bevölkerung teilen** (zum Beispiel Fortschritte beim Hochwasserschutz).
- Das **Ereignis als Teil der Orts- und Stadtgeschichte dokumentieren** und für die Nachwelt festhalten.
- Das **Engagement der Bevölkerung und der Einsatzkräfte würdigen** und öffentlich anerkennen.

Was im Alltag läuft, muss auch in der Krise laufen – Grundversorgung vorbereiten

Der Ausfall oder die Einschränkung von Grundversorgung und Infrastruktur trifft die Bevölkerung massiv. In Rudersberg beispielsweise war nach dem Hochwasser weder Handyempfang noch Mobilität möglich. In Meckenbeuren führten Brückensperrungen zu Engpässen bei der Ausrüstung der Einsatzkräfte. In beiden Orten wurde der Strom teilweise abgestellt. Die Wasserversorgung konnte zeitweise nicht gewährleistet werden.

„Bei Stromausfall und flächendeckendem Abkochgebot für Trinkwasser gibt es ein Problem!“

Bürger

Wer Vorräte an Wasser, haltbaren Lebensmitteln, Bargeld und batteriebetriebenen Geräten hat, ist deutlich besser aufgestellt – und entlastet gleichzeitig die Einsatzkräfte.

Dass solche Eigeninitiative funktioniert, wenn sie gemeinschaftlich gedacht wird, zeigte sich in Meckenbeuren besonders anschaulich:

„Unter der Nachbarschaft in der Siedlung tauschen wir uns aus: Was kann man machen. Wir haben uns alle zum Beispiel Notstrom-aggregate gekauft.“

Bürger

In den Fokusgruppen wurde deutlich, dass Menschen sich grundsätzlich für Krisenvorsorge interessieren und bereit sind, das Thema anzugehen. Doch im Alltag haben oft andere Dinge Priorität. Vermehrte Angebote seitens Kommune oder Blaulichtfamilie könnten hier viel bewirken.

Auch beim Thema Grundversorgung traten je nach Perspektive unterschiedliche Wahrnehmungen zutage. Während die Verwaltung die Müllent-

sorgung als gut organisiert einschätzte, erlebte die Bevölkerung den herumliegenden Müll als belastend und dringliches Problem. Ähnliches zeigte sich bei der Lebensmittelversorgung: Die Bevölkerung fragte sich, warum der Supermarkt so lange geschlossen blieb und nichts geschah. Die Verwaltung hingegen berichtete, alles Mögliche unternommen zu haben, den Betreiber zum Öffnen zu bewegen.

Das unterstreicht noch einmal, wie wichtig der direkte Dialog zwischen Verwaltung und Bevölkerung ist. Für eine gute Vorbereitung braucht es Strukturen vor Ort, die im Ernstfall schnell greifen. Aus den Fokusgruppen kamen dazu konkrete Forderungen: Notfalltreffpunkte sollen nicht nur benannt, sondern auch bekannt sein. Für den Hochwasserfall wünschten sich Bürgerinnen und Bürger aus einer Fokusgruppe ein zentrales Sandsacklager vor Ort sowie mehrere dezentrale Ausgabestellen – ergänzt durch eine zentrale Beschaffungsstelle, die im Ernstfall schnell liefern kann.

✓ Ideen und Handlungsansätze

- **Vorträge und Informationsangebote** (Einwurf, Gemeindeblatt, Homepage, Newsletter, Infostand) zum Thema Eigenvorsorge organisieren.
- **Eigenvorsorge** treffen:
 - Wasser und haltbare Lebensmittel, die nicht gekocht werden müssen vorrätig haben. An einem Ort aufbewahren, wo sie nicht vom Hochwasser vernichtet werden.
 - Batterien und batteriebetriebene Lampen etc. griffbereit haben.
 - Möglichst viel über Photovoltaik abdecken um unabhängig zu sein.
 - Auch solarbetriebene Kleingeräte wie Taschenlampen und Powerbanks sind hilfreich.
 - Zugriff auf Bargeld oder Bankkarte sichern, um in den ersten Tagen die nötigsten Dinge einkaufen zu können.
- **Sandsäckemanagement** während eines Hochwasserereignisses:
 - zentrales Lager pro Gemeinde,
 - mehrere dezentrale Ausgabestellen,
 - Meldung des Bedarfs an zentrale Beschaffungsstelle zur schnellen Nachlieferung.
- Nach einem Hochwasserereignis: Als Gemeinde Container für die **Müllentsorgung** bereitstellen und darüber informieren.
- **Notfalltreffpunkte** festlegen und bekannt machen.
- Siehe auch Ideen und Handlungsansätze unter Punkt 2 auf Seite 15.

3 Information als Dauerbrenner

Bedarfsgerechte Information über vielfältige Kanäle ist im Krisenfall ein zentrales Bedürfnis der Bevölkerung und muss als wesentliche Aufgabe gesehen werden

Wissen, was los ist – Informationsbedürfnis der Bevölkerung

Kein Thema zog sich so konsequent durch alle fünf Fokusgruppen, wie das der Information und Kommunikation. Ob Verwaltung, Blaulicht, Bevölkerung oder Gewerbe – alle Gruppen betonten, wie entscheidend es ist, im Krisenfall schnell und verlässlich informiert zu sein. Betroffene wollten wissen, was passiert ist, wer betroffen ist und wie es weitergeht. Angehörige wollen wissen, an wen sie sich wenden können, oder in welchem Krankenhaus Betroffene untergebracht wurden.

„Erst jetzt ist mir bewusst geworden, wie stark der Bedarf in der Bevölkerung ist, gut informiert zu werden. Das war mir gar nicht bewusst. Ich bin ja am Einsatzort und weiß alles.“

Vertreter Blaulichtorganisation

Dabei zeigte sich ein grundlegender Zielkonflikt: Auf der einen Seite steht das dringende Bedürfnis der Bevölkerung, schnell und umfassend informiert zu werden. Auf der anderen Seite dürfen Behörden nur gesicherte Informationen kommunizieren. Aber in der Notlage – so der Tenor – war der Wunsch nach mehr Transparenz, auch wenn noch nicht alle Fakten feststehen. Schnell sollten auch klare Strukturen mit verantwortlichen Personen, die eingehende Anfragen koordinieren und die Verwaltung entlasten, aufgebaut werden.



Alle erreichen – Krisenkommunikation braucht Vielfalt

Eine Aussage aus der Fokusgruppe Rastatt bringt es auf den Punkt: „Ein zu viel an Kommunikation gibt es nicht.“ Selbst wer alle verfügbaren Kanäle für eine bevorstehende Evakuierung bespielt (siehe Seite 26), kann nicht garantieren, dass alle erreicht werden.

„Hätte ich meinen Briefkasten nicht aufgemacht, hätte ich nichts gewusst.“

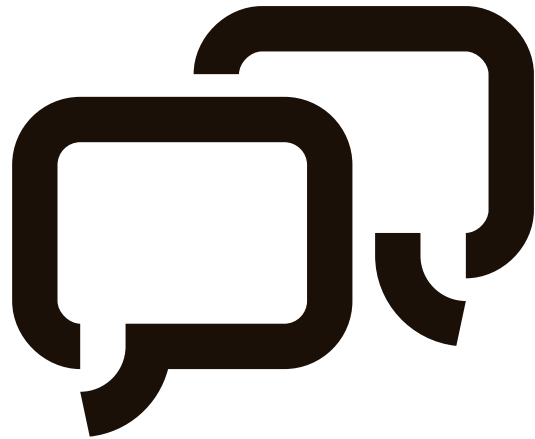
Bürger

Das Betreuen vieler verschiedener Kanäle kostet im Krisenalltag enorm viel Kapazität. „Das war auch ganz schön aufwendig neben dem Tagesgeschäft: Der Wurfzettel musste erstellt, in mehrere Sprachen übersetzt, gedruckt und an alle betroffenen Haushalte verteilt werden.“ Umso wichtiger ist es, Kommunikationswege und -materialien bereits im Vorfeld vorzubereiten, zum Beispiel Flyervorlagen, Social Media-Posts und ähnliches. Auch sollte überlegt werden, welche Mitarbeitenden diese Kommunikationsarbeit gut leisten können.

„Kommunikation auf allen Ebenen ist wichtig: Auch mal nach dem Nachbarn gucken, vor allem bei älteren oder eingeschränkten Personen.“

Vertreter Verwaltung

Dazu gehört auch, dass Verwaltungsmitarbeitende wissen, wie sie Warnmeldungen über die NINA-Warn-App korrekt formulieren. Ergänzend zu digitalen Kanälen wurden akustische Warnsysteme, wie Sirenen sowie Cell Broadcast, als wichtige Bausteine genannt, gerade für den Fall von Netzüberlastung oder Stromausfall, wenn andere Kanäle ausfallen.



Vereine, soziale Einrichtungen, engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Behördenmitarbeitende können als Multiplikatoren eine entscheidende Rolle spielen. Sie helfen über persönliche Ansprache, Informationen dorthin zu tragen, wo offizielle Kanäle nicht ausreichen.

„Deswegen ist auch Nachbarschaftshilfe so wichtig. Dass man sich gegenseitig anspricht und überlegt: ‚Haben es alle mitbekommen?‘“

Vertreterin Verwaltung

Ein weiterer Aspekt betrifft die Zielgruppenorientierung von Informationsveranstaltungen. In einer Fokusgruppe wurde berichtet, dass eine gemeinsame Veranstaltung für direkt und indirekt Betroffene problematisch war. Indirekt Betroffene trauten sich kaum, ihre Anliegen einzubringen, da sie neben den unmittelbaren Betroffenen als weniger dringlich erschienen. Die Empfehlung lautet, solche Veranstaltungen zielgruppenspezifisch zu trennen – auch um sicherzustellen, dass die Bedarfe gehört werden (siehe dazu auch Ideen und Handlungsansätze auf Seite 17).

Fokusgruppe Rastatt



„Ein Blick in die Welt und auf unsere Erfahrungen vor Ort zeigt deutlich: Ein funktionierender Bevölkerungsschutz ist heute wichtiger denn je. Ob Bombenfunde, Stromausfälle, Cyberangriffe, Extremwetterereignisse oder andere Krisenlagen – auf den Ernstfall können wir uns nur gemeinsam vorbereiten. Dabei ist es besonders wichtig, Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Genau deshalb ist das Projekt ‚Gut vorbereitet für den Ernstfall‘ so wertvoll: Es bringt Verwaltung, Blaulichtorganisationen und Bürgerschaft zusammen, damit wir aus Erfahrungen lernen und unsere Resilienz stärken.“

Raphael Knoth, Bürgermeister Rastatt



Geborgene und entschärfte Fliegerbombe Rastatt; Quelle: Stadt Rastatt

„Diese
Gespräche
hätten wir
vorher führen
müssen.“

1

Austausch der Perspektiven

- Dialogformat schafft gegenseitiges Verständnis und bringt Perspektiven zusammen
- **Krisenvorsorge gelingt nur gemeinsam** – Verwaltung, Einsatzkräfte und Bevölkerung tragen Verantwortung.
- **Krisenreaktion muss zu uns allen passen** – unabhängig von Sprache, Alter, Gesundheit, Glaube oder Herkunft.
- Wir verstehen Entscheidungen besser, wenn wir **miteinander ins Gespräch kommen**.
- Wir wollen aktiv nach unseren **Bedürfnissen** gefragt werden, statt dass andere für uns entscheiden.
- Auch unsere **Haustiere** gehören für uns zur Krisenvorsorge dazu.

2

Prävention ist nötig und möglich

- Je mehr Prävention, desto mehr Menschen sind handlungsfähig im Krisenfall
- **Vorbereitung in guten Zeiten** macht im Ernstfall den entscheidenden Unterschied.
- **Klare Zuständigkeiten** und bekannte Ansprechpersonen geben uns Sicherheit und Vertrauen.
- **Regelmäßige Übungen** und niederschwellige Informationsangebote stärken unsere Handlungsfähigkeit und unser Selbstvertrauen.
- Auch nach der Krise brauchen wir **Reflexion**, um das Erlebte gemeinsam auszuwerten.
- Eine **funktionierende Grundversorgung** muss für uns gewährleistet sein.
- **Eigenvorsorge** entlastet die Einsatzkräfte und macht uns gemeinsam widerstandsfähiger.

3

Information als Dauerbrenner

- Bedarfsgerechte Information über vielfältige Kanäle ist im Krisenfall ein zentrales Bedürfnis der Bevölkerung und muss als wesentliche Aufgabe gesehen werden
- Gute Krisenkommunikation gibt uns **Orientierung**.
- Wir möchten **schnell und verständlich** informiert werden. Wir wünschen uns Informationen über **vielfältige Kanäle**.
- Wir brauchen **Anlaufstellen**, die bekannt und leicht erreichbar sind.
- Wir möchten uns auf Informationen verlassen können – **Gerüchten und Fehlinformationen** sollte aktiv begegnet werden.

4

Aufmerksamkeitsfokus als Belastung

- Umgang mit Medien und Öffentlichkeit als zentrale Herausforderung im Krisenfall
- Wir möchten, dass sachlich berichtet wird, **ohne** dass **Sensationslust** im Vordergrund steht.
- Betroffene müssen in der Berichterstattung **respektiert** und **geschützt** werden.
- Helfende und Einsatzkräfte verdienen **Respekt** und **Privatsphäre**.
- **Neugier** ist menschlich – sie darf Rettungsarbeiten aber nicht behindern.
- Absperrungen und **klare Ansagen** dienen unserem **Schutz** und dem Schutz der Einsatzkräfte.

5

Die Krise bewältigt man nicht allein

- Psychosoziale Unterstützung als fester Bestandteil des Krisenmanagements
- Wir profitieren von persönlichen **Gesprächen** und dem **Zusammenhalt** in Familie und Nachbarschaft.
- Eigenes Anpacken gibt uns **Handlungsfähigkeit** zurück und hilft uns, die Krise zu bewältigen.
- Wir brauchen **psychosoziale Unterstützung** – auch noch Monate nach dem Ereignis.
- Unsere **Kinder** brauchen **eigene Angebote**, um das Erlebte zu verarbeiten.
- Auch wer hilft, braucht **Unterstützung** – dafür müssen wir sorgen.

6

Gesellschaftlicher Zusammenhalt als beste Krisenvorsorge

- Lokale Netzwerke sind zentrale Ressourcen im Krisenfall
- Wir profitieren von funktionierenden **lokalen Netzwerken** und gelebtem Zusammenhalt.
- **Ortskenntnis** und **persönliche Kontakte** helfen in der Krise.
- Spontane Hilfsbereitschaft braucht **Koordination**, damit sie wirklich ankommt.
- Bedürfnisse und Rahmenbedingungen für **Spenden** müssen kommuniziert werden.

Anlaufstellen und Ansprechpersonen – der richtige Ansprechpartner zur richtigen Zeit

Über alle Fokusgruppen hinweg wurde der Wunsch nach klaren Anlaufstellen und erreichbaren Ansprechpersonen geäußert – telefonisch wie vor Ort. Dabei zeigte sich, dass eine einzige zentrale Hotline oft nicht ausreicht. Sie wird überlastet, und manche Menschen vertrauen ihr schlicht nicht: „Ist ja nur die Stadt, ich rufe jetzt noch bei Experten an.“ Diese Haltung führte dazu, dass trotz einer eigens eingerichteten Info-Hotline weiterhin massenhaft Anrufe bei Einsatzorganisationen eingingen, die dafür keine Kapazitäten hatten.

„Irgendwann war es zu viel. Alle rufen an. Wir hatten teilweise 500 bis 1000 Anrufe täglich.“

Vertreter Verwaltung

Mehrere Fokusgruppen plädierten für Anlaufstellen, besetzt mit ortskundigen Ansprechpersonen,

die Fragen beantworten, Bedarfe aufnehmen und weiterleiten können. Solche Anlaufstellen sollten klar gekennzeichnet und als „Leuchttürme“ erkennbar sein. Dabei sollte es nicht nur eine zentrale Anlaufstelle geben, sondern jeweils eine pro Ortsteil, unter anderem auch um Wege zu entzerren.

„Anlaufstellen und Hotlines helfen nur, wenn die Bevölkerung von ihrer Existenz weiß.“

Bürgerin

Zudem wurde deutlich, dass Betroffene – insbesondere nach dem akuten Ereignis – einen hohen Informations- und Beratungsbedarf zu Verwaltungs- und Versicherungsfragen haben, etwa zur Schadensregulierung, zu finanziellen Unterstützungsleistungen oder zu behördlichen Formalitäten.

Gerüchte entstehen dort, wo Informationen fehlen

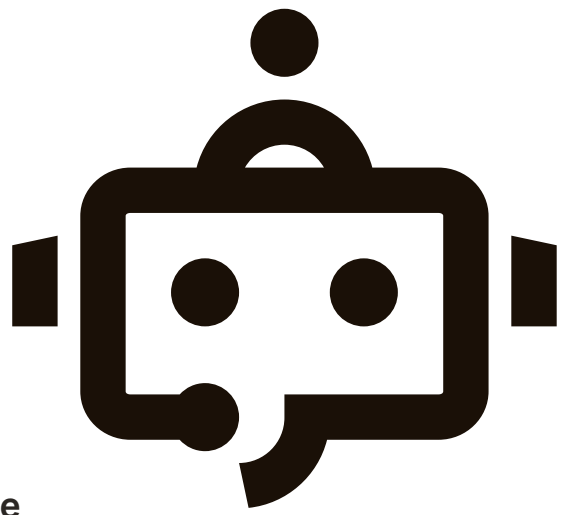
Fehlinformationen und Spekulationen stellten in mehreren Fokusgruppen eine Herausforderung dar. Sie verbreiteten sich schnell, vor allem über soziale Medien, und sorgten für Verunsicherung und zusätzlichen Druck auf offizielle Stellen. In einem Fall wurden freiwillig Helfende in einer Meldung sogar verdächtigt, Plünderer zu sein.

„Es wurde so viel in den Sozialen Medien spekuliert, viele sind als ‚Experten‘ aufgetreten.“

Bürgerin

Grundsätzlich gilt: Je schneller und verlässlicher offizielle Informationen fließen, desto weniger Raum bleibt für Gerüchte. Als weitere Gegenmaßnahmen kristallisierten sich heraus: Falschmeldungen aktiv richtigstellen, Entwarnung klar kommunizieren und alle Informationen konsequent aus einer Hand (etwa dem Krisenstab) über offizielle Kanäle verbreiten. Einsatzkräfte sollten angewiesen werden, während des Einsatzes nicht privat zu posten, sondern ausschließlich offiziell freigegebene Inhalte zu teilen.





Kommunikation beginnt lange vor der Krise

Eine der zentralen Erkenntnisse aus den Fokusgruppen lautet: Wer im Krisenfall funktionsfähige Kommunikation will, muss sie vorher aufbauen. Kanäle, Zuständigkeiten und Abläufe müssen definiert sein, bevor der Ernstfall eintritt. In der Akutphase fehlt die Zeit dafür. Das betrifft sowohl die Verwaltungsseite als auch die Bevölkerung. Verwaltungen brauchen eine klare Übersicht über ihre

kommunalen Kanäle und vorgefertigte Formate, die schnell bespielt werden können. Bürgerinnen und Bürger hingegen müssen im Vorfeld wissen, wo sie im Notfall verlässliche Informationen finden. Inhalt, Form und Wege der Krisenkommunikation können dabei nicht dem Zufall überlassen werden. Sie müssen im Vorfeld gemeinsam erarbeitet und regelmäßig aktualisiert werden.

✓ Ideen und Handlungsansätze

- Alle **Informationen konsequent aus einer Hand** kommunizieren (zum Beispiel über den Krisenstab) – um Widersprüche zu vermeiden und das Vertrauen in offizielle Stellen zu stärken.
- **Alle verfügbaren Kanäle** parallel bespielen, sowohl offizielle als auch informelle Wege wie WhatsApp.
- **Netzwerkpartner als Multiplikatoren** einbinden.
- Ortskundige **Ansprechpersonen pro Ortsteil** benennen.
- **Transparent** kommunizieren, was bekannt ist – und ehrlich benennen, was noch nicht geklärt ist.
- **Materialien mehrsprachig** vorbereiten.
- Mitteilen, dass und wie geholfen wird, sowie **was Bürgerinnen und Bürger selbst tun können** oder wo sie vor Ort helfen können.
- **Hinweise zum richtigen Verhalten** in der konkreten Krisensituation.
- Die Bevölkerung informieren, **welche Gefahr besteht** und was noch zu erwarten ist.
- **Erreichbarkeit klären:** Wer ist wie erreichbar? (Notfalldienste, Gemeindeverwaltung, Versorgungseinrichtungen).
- Ankündigen, wann die nächste **Informationsaktualisierung** erfolgt.
- Fehlinformationen und **Gerüchte aktiv richtigstellen** sowie **Entwarnung zeitnah kommunizieren**.
- **Hinweise zu Versicherungsfragen** und entsprechende Ansprechpartner für Betroffene bereitstellen.
- Ansage an Sicherheitskräfte, Verwaltungsmitarbeitende und Bürgerschaft **nur offizielle Informationen zu teilen**.



Ideen für Kanäle zur Warnung und Information der Bevölkerung im Akutfall:

Digitale Kanäle

- **Soziale Medien:** Netzwerke, Plattformen, Gruppen.
Im Vorfeld vorgefertigte „Kacheln“ und Inhalte bereitstellen.
- **WhatsApp**
- **Homepage der Verwaltung**
 - inklusive FAQs und Liveticker
 - Zugänge und Inhalte bereits im Vorfeld vorbereiten
- **„Darkside“-Website** (gesonderte Krisenwebsite, die nur im Ernstfall freigeschaltet wird)
- **Lokale Online-Communitys** und Social-Media-Gruppen
- **SMS**
- **Cell Broadcast** (Massenbenachrichtigung direkt auf alle Mobiltelefone in einem Sendeggebiet)
- **NINA-Warn-App** (offizielle Warn-App des Bundes)
- **Rundmails** / E-Mail-Verteiler

Medien & Rundfunk

- **Radio und regionales Fernsehen** (zum Beispiel Regio TV)
- **Presse/Zeitungen**

Analoge & physische Kanäle (zum Beispiel bei Evakuierung)

- **Handzettel** /Flyer
- **Tür-zu-Tür-Teams**
- **Notfalltreffpunkt** zur Infoweitergabe nutzen
- **Lautsprecherdurchsagen:** erreichen auch technisch nicht erreichbare Gruppen
- **Sirenen**

Telefonische Kanäle

- **Bürgertelefon / Info-Hotline**
- **Multiplikatoren und Netzwerke**
- **Vereinsverteiler**
- **Pflegedienste** (für Menschen in häuslicher Pflege)
- **Schulen und Kitas** (für Familien mit Kindern)
- **Gemeinwesenarbeit** (soziale Einrichtungen, engagierte Bürgerinnen und Bürger)
- **Ortsteil-Ansprechpersonen**, feste Kontaktpersonen pro Ortsteil,
 - die Informationen schnell und unkompliziert in die Nachbarschaft tragen,
 - mit Kenntnissen über lokale Infrastruktur wie Verteilerkästen.
- **Verwaltungsinterne Multiplikatoren**
 - alle Verwaltungsbereiche bespielen aktiv ihre eigenen Netzwerke und Kontakte
 - ausschließlich mit abgesicherten Informationen aus der Pressestelle/dem Krisenstab

4 Aufmerksamkeitsfokus als Belastung

Umgang mit Medien und Öffentlichkeit als zentrale Herausforderung im Krisenfall

(Nicht) alles für eine Schlagzeile – der richtige Umgang mit der Presse

Alle Fokusgruppen berichteten von einem sehr hohen öffentlichen und medialen Interesse an den Ereignissen. Die Berichterstattung setzte häufig bereits in einer sehr frühen Phase ein und erzeugte zusätzliche Aufmerksamkeit rund um die Einsatzorte.

„Die Presse hat sehr schnell berichtet und einen Live-Ticker eingerichtet, noch bevor es Informationen von offizieller Seite gab.“

Vertreter Verwaltung

Für die Verantwortlichen vor Ort entstand dadurch teilweise zusätzlicher Druck, da Informationen bereits öffentlich diskutiert wurden, bevor offizielle Stellen gesicherte Aussagen treffen konnten.

Berichtet wurde von Betroffenen, die unmittelbar nach der Katastrophe von Journalisten gefilmt und zu Aussagen gedrängt wurden. Die Aufnahmen wurden ohne Einverständnis auf den sozialen Medien verbreitet und geteilt. Alle Gruppen waren sich einig, dass eine Sensibilisierung im Umgang mit Medien zur Krisenvorbereitung gehört.

Neben den kritischen Erfahrungen wurde der Gewinn einer professionellen Medienarbeit hervorgehoben. Wo die Zusammenarbeit mit den Medien koordiniert über die Pressestelle der Gemeinde oder das Polizeipräsidium erfolgte, wurde das als hilfreich erlebt. Durch einen geordneten Austausch können Informationen verbreitet und gleichzeitig Betroffene und Einsatzkräfte entlastet werden.

✓ Ideen und Handlungsansätze

- Einen ungestörten, von Presse und Öffentlichkeit **abgeschirmten Rückzugsort** für Betroffene und Einsatzkräfte sicherstellen.
- Bürgerinnen und Bürger schon im Vorfeld **für das Thema sensibilisieren**:
 - keine selbsterstellten Filmchen verbreiten
 - sich im Ernstfall nicht von Medienschaffenden überrumpeln lassen
- gebotene **Zurückhaltung beim Erstellen und Teilen von Inhalten**
 - insbesondere in **Krisensituationen**
 - sollte Teil der **Medienbildung** in Schulen sein
- **Schulen** unter diesen und anderen Aspekten **in die Krisenvorbereitung einbeziehen**.

Schaulustigkeit – durch Neugierde bringt man sich und andere in Gefahr

„Der Krisentourismus war wirklich schwierig. Es kamen sogar Familien mit Kindern zum Schauen. Sie haben sich nicht an die Absperrung gehalten, das war gefährlich. Wir mussten mit ihnen dann diskutieren und das hat die Arbeit schwer gemacht.“

Vertreter Blaulichtorganisation

Ein wiederkehrendes Thema in nahezu allen Fokusgruppen waren Schaulustige. Teilnehmende berichteten von Menschen, die Einsatzorte aufsuchten, Absperrungen umgingen oder Verkehrswege blockierten.

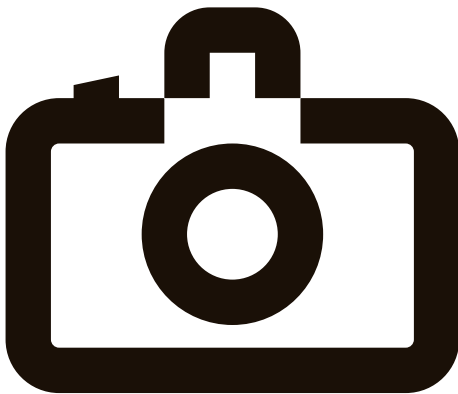
In den Gesprächen wurde deutlich, dass der Schutz von Betroffenen und Einsatzkräften vor neugierigen Blicken, Störungen und zusätzlichem Druck als wichtige Aufgabe mitgedacht werden muss. Dabei wurden sowohl räumliche Abgrenzungen Betroffener als auch die konsequente Durchsetzung von Absperrungen angeführt. Auch für diese Aufgaben braucht es klare Zuständigkeiten und Ressourcen. Zum Beispiel durch eine stärkere Unterstützung durch Polizei oder andere Sicherheitskräfte. Positiv hervorgehoben wurden Situationen, in denen klare Ansagen und sichtbare Absperrungen wirksam waren.

„Der Mensch ist einfach neugierig, da kann man gar nichts machen.“

Bürger

✓ Ideen und Handlungsansätze

- Presse und nicht betroffene Bevölkerung **weiträumig und frühzeitig vom Einsatzort fernhalten** durch **konkrete Absperrungen**:
 - rot-weißes Absperrband
 - **klare, knappe Ansagen**
- Eine offizielle Stelle (Polizei, Zoll oder Ähnliche) benennen, die für das **Fernhalten von Schaulustigen** verantwortlich ist, sowie generell mehr **Polizeipräsenz vor Ort**.
- Bürgerinnen und Bürger schon **im Vorfeld** für das Thema **sensibilisieren: Schaulust ist nicht nur hinderlich, sondern auch gefährlich**.



Fokusgruppe Villingen-Schwenningen



„Der Großbrand in unserer Altstadt im Juni 2025 war ein einschneidendes Ereignis für uns alle. Zugleich hat er gezeigt, wie stark unsere Stadtgesellschaft und unsere Strukturen sind. Das Projekt ‚Gut vorbereitet für den Ernstfall‘ des Staatsministeriums ist daher wichtig: Es unterstützt Kommunen bei der Vorsorge und bindet die Menschen vor Ort als Teil der Lösung ein.“

Jürgen Roth, Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen



Luftbild abgebrannter Gebäude;
Quelle: Stadt Villingen-Schwenningen



Brennende Gebäude;
Quelle: Stadt Villingen-Schwenningen

5 Die Krise bewältigt man nicht allein

Psychosoziale Unterstützung als fester Bestandteil des Krisenmanagements

Erst handeln, dann Nachsorge bereitstellen – der Bedarf an Unterstützung kommt oft mit Verzögerung

Über alle Fokusgruppen hinweg wurde deutlich, dass Krisenereignisse bei Betroffenen starke emotionale Belastungen auslösen können. Häufig genannt wurden Angst, Unsicherheit und Hilflosigkeit. Aber auch die Sorge um die eigene Zukunft oder die Sicherheit von Angehörigen. Besonders belastend waren die Ungewissheit über den weiteren Verlauf der Lage sowie die Frage, wie es nach dem Ereignis weitergeht.

„Es gab eine hohe psychische Belastung, das haben wir zum Beispiel bei unseren Nachbarn gesehen. Manchmal so stark, dass man gar nicht mehr in der Lage ist, das Richtige zu tun, auch Monate danach noch.“

Bürger

In der Krise selbst ist das eigene Aktivwerden aber eine wichtige Ressource. Sowohl Betroffene als auch Einsatzkräfte und Verwaltung berichteten, dass das konkrete Anpacken und Abarbeiten von Aufgaben half, Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. So organisierten Bürgerinnen und Bürger etwa über soziale Medien Hilfe und Spendenaufrufe. Oder riefen dazu auf, dem Ereignisort fern zu bleiben.

Als besonders hilfreich wurden außerdem persönliche Gespräche, das Zuhören durch Familie und Kolleginnen und Kollegen, gegenseitiger Austausch sowie Ruhe und Besonnenheit beschrieben.

Darüber wurde die Bedeutung psychosozialer Unterstützung betont – insbesondere die zentrale Rolle der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV).

In den Gesprächen zeigte sich, dass sowohl Einsatzkräfte als auch Bürgerinnen und Bürger oft zunächst im Funktionsmodus handeln. Der Bedarf nach Unterstützung wird oftmals erst mit zeitlichem Abstand sichtbar.





Doch nicht jedes Angebot funktioniert für alle Menschen gleichermaßen gut. So berichteten mehrere Kommunen, dass Angebote weniger genutzt wurden als erwartet – etwa „Hochwasser-Cafés“ zum Austausch über das Erlebte. Das Angebot sprach überwiegend Frauen an. Einzelne Männer berichteten von einer Hemmung, Hilfe anzunehmen: „Wir kennen uns hier alle.“

In einigen Aussagen zeigte sich auch, dass Kinder mit ihrem Bedarf an psychosozialer Unterstützung noch besser berücksichtigt werden sollten:

„Auch unsere Kinder brauchen Unterstützung. In den ersten Wochen und Monaten nach dem Hochwasser waren sie auch bei normalen Regen nervös, weil es hätte ja wieder passieren können. Hier sollte etwas in den Schulen angeboten werden.“

Bürgerin

✓ Ideen und Handlungsansätze

- Eine **starke nachbarschaftliche Gemeinschaft** und **hohes Vertrauen in die Gemeindeverwaltung** bringen emotionale Stabilität. Sie sollten in guten Zeiten gefördert werden.
- Sinn von psychosozialer Betreuung im Vorfeld offen ansprechen, um **Hemmschwellen, Angebote anzunehmen, abzubauen**.
- Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) / **Notfallseelsorge ins Krisenmanagement einbinden** zur Begleitung der Betroffenen.
- Psychosoziale **Unterstützung auch zeitversetzt**, Monate nach dem Ereignis, anbieten.
- Psychologische **Unterstützung für Kinder** währenddessen & danach anbieten (auch ca. 1 Jahr später).
- Bei Ereignissen, die die breite Bevölkerung betreffen, ein **Angebot in der Schule** machen.
- **Wertschätzung stärkt die Psyche** – zum Beispiel Dankesfeste für Helfende im Nachgang.

Auch Helfende brauchen Hilfe

Auch Mitarbeitende der Verwaltung und Einsatzkräfte berichteten von einer hohen psychischen und körperlichen Belastung. Verantwortung für die Bevölkerung, Entscheidungen unter Zeitdruck sowie unklare Lagebilder führten zu anhaltendem Druck und hoher Anspannung. Hinzu kamen lange Einsatzzeiten, Schlafmangel und die Notwendigkeit, trotz Erschöpfung handlungsfähig zu bleiben. Besonders belastend wurden Situationen beschrieben, in denen Helfende die Auswirkungen eines Ereignisses miterleben mussten, ohne unmittelbar helfen zu können. In einzelnen Fällen kamen persönliche Betroffenheit und berufliche Verantwortung zusammen.

„Jetzt ist mir bewusst geworden, wie wichtig Hilfe für die Helfenden ist.“

Bürgermeister

„Psychologischer Dienst war unheimlich wichtig – für Betroffene aber auch für hauptamtliche Helfende!“

Vertreter Verwaltung

Deutlich wurde auch, wie belastend die Emotionen Betroffener für Verwaltung und Einsatzkräfte sind. Sie standen häufig vor der Aufgabe, Sorgen und Ängste aufzufangen, Menschen zu beruhigen und Orientierung zu geben. Dabei wurde deutlich, dass Betroffenheit sehr unterschiedlich wahrgenommen wird und manche Gespräche auch eskalieren können. Rettungskräfte brauchen an dieser Front Entlastung, um ihrer primären Aufgabe nachgehen zu können.

✓ Ideen und Handlungsansätze

- Person damit beauftragen (zum Beispiel Ehrenamt oder Verwaltung), die **Helfenden im Blick zu haben**, ansprechbar zu sein und auf **Pausen und Getränke** zu achten.
- **Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV)** / Notfallseelsorge auch einsetzen zur **Deeskalation und Gesprächsführung** während des Ereignisses vor Ort.
- Für Einsatzkräfte und Verwaltung in der Akutphase:
 - **Pausen** ermöglichen, um Kräfte zu sammeln und Belastungen zu verarbeiten
 - Unterstützung durch eine feste **Ansprechperson**
 - Angebote wie einen **Kameradschaftsabend**
 - **Zugang zu einem psychologischen Dienst**
- Nach der Krise:
 - **Nachsorgeangebote** bereitstellen
 - **temporäre Freistellungen und Erholungen** ermöglichen

Fokusgruppe Meckenbeuren



„Auch zwei Jahre nach dem Hochwasser hat die Fokusgruppe gezeigt, wie wertvoll der gemeinsame Austausch ist – viele Erinnerungen und konkrete Ideen werden dadurch wieder präsent. Gleichzeitig wissen wir, wie schnell solche Ereignisse in Vergessenheit geraten. Umso wichtiger ist es, Strukturen zu pflegen, sich gut vorzubereiten und als Kommune gemeinsam handlungsfähig zu bleiben.“

Georg Schellinger, Bürgermeister Meckenbeuren



Luftbild überschwemmter Bereiche in Meckenbeuren;
Quelle: Gemeinde Meckenbeuren



Evakuierung während Hochwasser;
Quelle: Gemeinde Meckenbeuren

⑥ Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist Krisenvorsorge

Lokale Netzwerke sind zentrale Ressourcen im Krisenfall

Gut vernetzt ist halb geholfen – persönliche Kontakte und Vereine als Ressource im Ernstfall

In allen Fokusgruppen wurde berichtet, dass die Bereitschaft zu helfen außerordentlich hoch war. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen des Fragebogens (siehe Seite 40). Nachbarschaften, Familien, Vereine und Hilfsorganisationen unterstützten sich gegenseitig. Sie halfen vielerorts unbürokratisch und spontan. Für viele Betroffene war insbesondere das Gefühl wichtig, mit den Herausforderungen nicht alleine zu sein.

„Es war wirklich beeindruckend zu sehen, wie Vereine in der Akutphase eingebunden waren. Mir war vor heute nicht klar, welches enormes Potenzial in den Vereinen steckt für Krisenbewältigung.“

Vertreterin Verwaltung

Wer Menschen, örtliche Strukturen und Ansprechpersonen bereits kannte, konnte schneller Unterstützung organisieren und Informationen weitergeben. Fehlende Ortskenntnis dagegen erschwerten die Orientierung und die Zusammenarbeit.

Mehrere Teilnehmende betonten das große Potenzial, das in bestehenden Vereins- und Ehrenamtsstrukturen steckt. Sie sorgen für Netzwerke, die im Krisenfall aktiviert werden können.

„Von sich aus wurde das Bürgerhaus für Betroffene hergerichtet, Essen bereitgestellt, Betroffene empfangen, angesprochen, erste Hilfe geleistet.“

Vertreter Verwaltung

Vereine wurden nicht nur als soziale Treffpunkte beschrieben. Ihre Mitglieder sind auch als Multiplikatoren, Unterstützer und organisatorische Ressourcen.

Solche Beiträge machten deutlich, dass Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung nicht erst im Krisenfall entstehen. Funktionierende Nachbarschaften, regelmäßiger Austausch und gegenseitiges Vertrauen machen im Ernstfall schnell handlungsfähig. Aus Sicht der Teilnehmenden bilden soziale Strukturen die Grundlage für eine widerstandsfähige Gesellschaft.

„Wir müssen die Zivilgesellschaft stärken, so dass wir zusammenhalten – nicht nur in guten Zeiten.“

Bürger

Neben den zahlreichen positiven Erfahrungen wurden vereinzelt auch Herausforderungen genannt. Berichtet wurde von egoistischem Verhalten, Angst vor Plünderungen oder Situationen, in denen die Not anderer Menschen ausgenutzt wurde.

Diese Erfahrungen wurden zwar als Einzelfälle beschrieben. Sie machen aber deutlich, dass Zusammenhalt und gegenseitige Verantwortung nicht selbstverständlich sind, sondern gepflegt werden müssen.

✓ Ideen und Handlungsansätze

- **Strukturen und Netzwerke schaffen** und pflegen, zum Beispiel:
 - durch **Vereine** und Organisationen
 - durch **Feste** und regelmäßige Begegnungsmöglichkeiten
 - **gemeinsame Auseinandersetzung** mit dem Thema Krise (zum Beispiel Seniorenkreise mit Thema „Katastrophen“)
- Für ein **gutes Miteinander** in guten Zeiten sorgen.
- Die Nachbarschaft kennen und **Nachbarschaftshilfe stärken**:
 - Wer wohnt nebenan?
 - Wer braucht im Ernstfall Unterstützung?
 - Wer kann sie leisten?
- Die **Vernetzung von Vereinen** und Organisationen aktiv pflegen durch regelmäßige Austauschformate, wie beispielsweise die jährliche Vereinsführersitzung in Meckenbeuren.
- **Menschen, Zuständigkeiten und Vereinsstrukturen kennen**:
 - Wer kann Informationen weitergeben?
 - Wer kann Unterstützung organisieren?
 - Wer kann im Ereignisfall Verantwortung übernehmen?
- **Ortskundige** Personen gezielt **einbinden** und auswärtigen Einsatzkräften zur Seite stellen.

Helfen muss koordiniert werden

Viele Menschen wollten sich unmittelbar nach den Ereignissen einbringen, Sachspenden leisten oder vor Ort unterstützen. Besonders spontane Hilfsangebote mussten zielgerichtet eingesetzt werden. Mehrere Teilnehmende berichteten, dass die Koordination selbst zu einer zusätzlichen Aufgabe innerhalb der Krisenbewältigung wurde.

„Es gab eine wahnsinnige Hilfsbereitschaft. Die Leute dachten, wir haben ja alles, die anderen haben gar nichts. Oft hatte man das Gefühl, die Leute nutzten es auch als ‚günstige Wohnungsentrümpelung‘. [...] Deswegen braucht es jemanden, der die Spender abweist und die Anrufe entgegennimmt.“

Vertreterin Blaulichtorganisation

„Da standen fremde Personen in meinem Wohnzimmer, die helfen wollten, und mich gefragt haben, was von meinen Sachen entsorgt werden kann. Das war nicht leicht.“

Bürgerin

Darüber hinaus wurde deutlich, dass Hilfsangebote nicht nur organisiert, sondern auch sensibel auf die Bedürfnisse der Betroffenen abgestimmt werden

müssen. Besonders bei Sachspenden zeigte sich, dass angebotene Hilfen und tatsächliche Bedarfe nicht immer übereinstimmen. So musste manches Kleidungs- oder Möbelstück abgelehnt oder im Nachgang aufwendig entsorgt werden.

Eine besondere Hürde ergab sich für spontane Kräfte ohne Kennzeichnung – ihre Rolle wurde ihnen mitunter nicht geglaubt. So berichtete ein Vereinsmitglied, dass auswärtige Einsatzkräfte ihm erst vertrauten, nachdem er eine geliehene Feuerwehrjacke trug.

✓ Ideen und Handlungsansätze

- Eine **feste Koordinationsstelle für zivile Helfende** schaffen, die eine standardisierte und bedarfsgerechte Verteilung der Kräfte ermöglicht.
- **Helferlisten mit Kompetenzen und Materialausstattung führen** („wer kann was, wer hat was“),
 - regelmäßig aktualisieren und nach Ortsteilen organisieren,
 - Bürgerinnen und Bürger aktiv ansprechen, sich einzutragen (auch für Aufgaben wie Kochen oder Kinderbetreuung),
 - Stärken gezielt abfragen und Befugnisse im Vorfeld delegieren.
- **Online-Lösungen** nach dem Prinzip „ich biete – ich suche“ nutzen und über soziale Medien konkret kommunizieren, was tatsächlich gebraucht wird – um ungesteuerte Spendenfluten zu vermeiden.
- Informationen bereitstellen, wie und **wo Hilfe möglich ist** – und wie nicht.
- **Feste Ansprechpersonen** vor Ort benennen und **konkrete Aufgaben** vergeben (zum Beispiel Ausgabe von Bautrocknern).
- **Hilfsmittel dezentral lagern** und Ausgabe, Verteilung sowie Rücknahme über die jeweilige Siedlungs- beziehungsweise Nachbarschaftsgruppe organisieren.
- Frühzeitig und regelmäßig darüber informieren, dass Betriebe **Ehrenamtliche freistellen** müssen – damit dieses Hemmnis im Ernstfall nicht das Engagement bremst.





Geldspenden richtig organisieren, damit sie ankommen

Finanzielle Unterstützung wurde von Seiten der Beteiligten als besonders hilfreich wahrgenommen. Diese konnte unmittelbar zur Bewältigung konkreter Schäden eingesetzt werden. Gleichzeitig berichteten Verwaltung und Hilfsorganisationen von bürokratischen Hürden und komplizierten Verfahren. So gefährdete die Eröffnung eines Spendenkontos den Gemeinnützigkeitsstatus eines Vereins und zog eine aufwendige Bedürftigkeitsprüfung nach sich. Mehrere Teilnehmende äußerten den Wunsch nach mehr Vertrauen, Flexibilität und Handlungsspielraum seitens der Verwaltung (in diesem Fall: das Finanzamt) bei der Unterstützung von Betroffenen.

„Es gab viel Unmut bei den Spendewilligen und Betroffenen, weil wenig Verständnis da war, dass nicht alles gebraucht wird und weil nicht verstanden wurde, warum es mit der Übermittlung der Geldspenden so kompliziert ist.“

Vertreter Blaulichtorganisation

✓ Ideen und Handlungsansätze

- **Verantwortlichkeit für Spendenaufruf** und -sammlung frühzeitig bestimmen und die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure organisieren.
- **Bürokratische Fragen** rund um ein Spendenkonto **vorher klären** – denn in der Krise ist keine Zeit.
- **Transparenz** gegenüber Spenderinnen und Spender.

Wie geht es weiter?

„Stark vor Ort – gut vorbereitet für den Ernstfall!“

Krisen gemeinsam besser bewältigen – das gelingt, wenn Kommunen, Blaulichtorganisationen und Zivilgesellschaft ihre Stärken bündeln. Genau hier setzt die nächste Projektphase an, die für drei Jahre geplant ist.

Ab Oktober 2026 machen sich acht weitere Kommunen Baden-Württembergs auf den Weg, ihre Krisenfestigkeit zu stärken. Im Selbstversuch entwickeln und erproben sie vor Ort ein neues Beteiligungsformat zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz.

Aufbauend auf den vorliegenden Erfahrungen in diesem Bericht arbeiten die Kommunen mit den Menschen vor Ort an ihren Strukturen der Krisenvorsorge. Dabei werden die Perspektiven und das Potenzial von Vereinen, Initiativen, Wohlfahrtsverbänden, Religionsgemeinschaften, Nachbarschaftsnetzwerken sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern bewusst einbezogen.

Ziel ist es, tragfähige Kooperationen aufzubauen, vorhandene Netzwerke zu stärken und gemeinsam konkrete Maßnahmen für den Krisen- und Katastrophenfall zu entwickeln.

Darüber hinaus wird die Bevölkerung durch das Projekt für das Thema Krisenvorsorge sensibilisiert und zur Eigenvorsorge angeregt.

Die Allianz für Beteiligung e.V. begleitet die Pilotkommunen fachlich und organisatorisch während des gesamten Prozesses. Gefördert wird der weitere Projektverlauf von der Baden-Württemberg Stiftung.

Ab Herbst 2027 soll das in der Pilotphase entstandene Konzept dann in weiteren 20 Kommunen in Baden-Württemberg umgesetzt und fortentwickelt werden.

Ziel ist es, ein Konzept zu entwickeln, das mittelfristig in allen interessierten Kommunen zum Einsatz kommen kann.

Mehr Informationen unter:

<https://allianz-fuer-beteiligung.de/stark-vor-ort/>





”

Die Förderung einer resilienten Demokratie ist uns als Baden-Württemberg Stiftung ein großes Anliegen. Das Projekt passt sehr gut zu unserem Engagement, weil es Verwaltung, Hilfs- und Rettungsdienste, lokale Vereine sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger gezielt zusammenbringt und lokale Netzwerkstrukturen stärkt. Auf diese Weise werden die verschiedenen Akteure vor Ort so miteinander vernetzt, dass sie im Krisenfall schnell zusammenarbeiten und vorhandene Kompetenzen und Ressourcen wirksam einsetzen können – insbesondere auch im ländlichen Raum.

“

A handwritten signature in black ink that reads "Theresia Bauer".

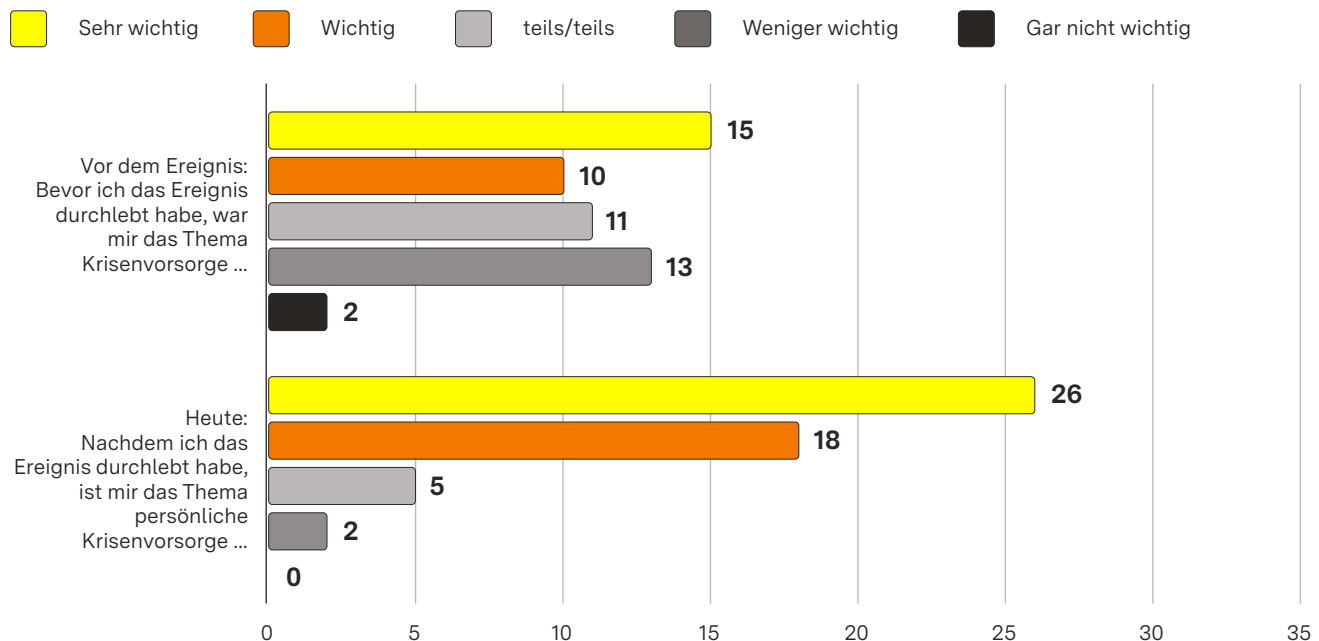
**Theresia Bauer,
Geschäftsführerin Baden-Württemberg Stiftung**

Appendix

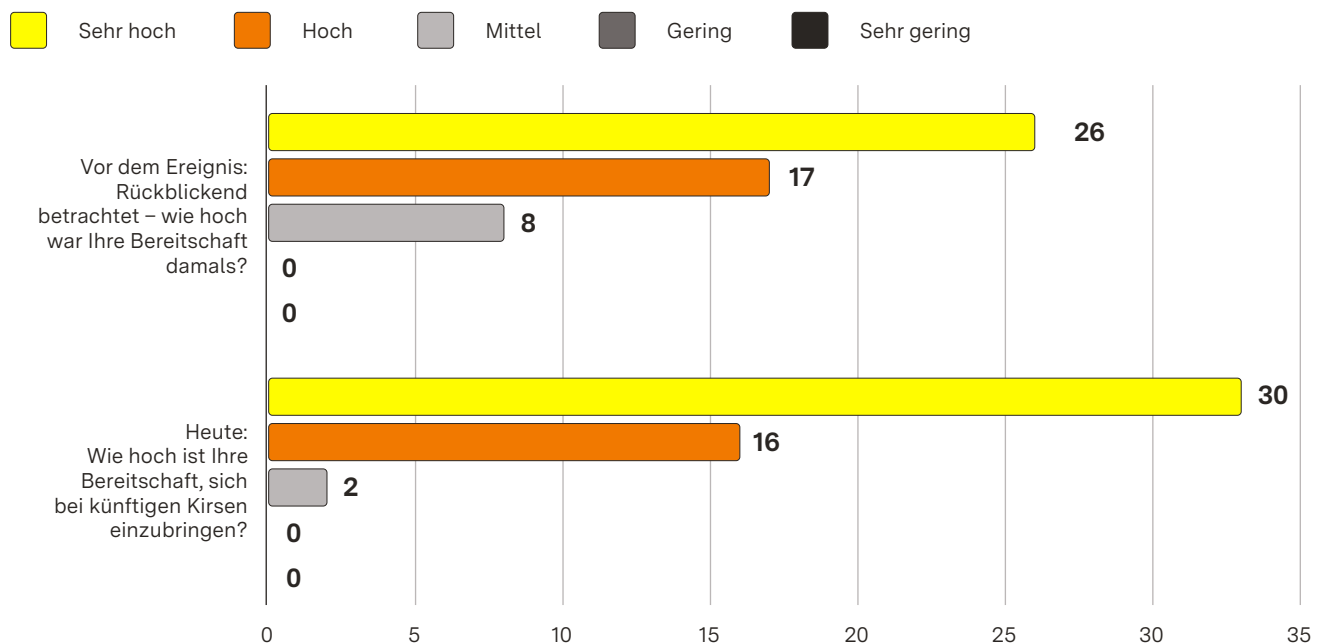
Umfrageergebnisse Fokusgruppen

Im Folgenden werden die Antworten aus der Umfrage dargestellt, die die Teilnehmenden der Fokusgruppen im Nachgang ausfüllen konnten.

Wie wichtig war beziehungsweise ist Ihnen das Thema persönliche Krisenvorsorge?



Wie hoch ist Ihre Bereitschaft, sich in Krisensituationen aktiv einzubinden und andere zu unterstützen? (z. B. Nachbarn helfen, bei Aufräumarbeiten unterstützen, sich freiwillig engagieren?)



Wie sehr sorgen Sie sich persönlich um folgende Gefahren?

Bewerten Sie von 1 = überhaupt nicht bis 5 = sehr stark

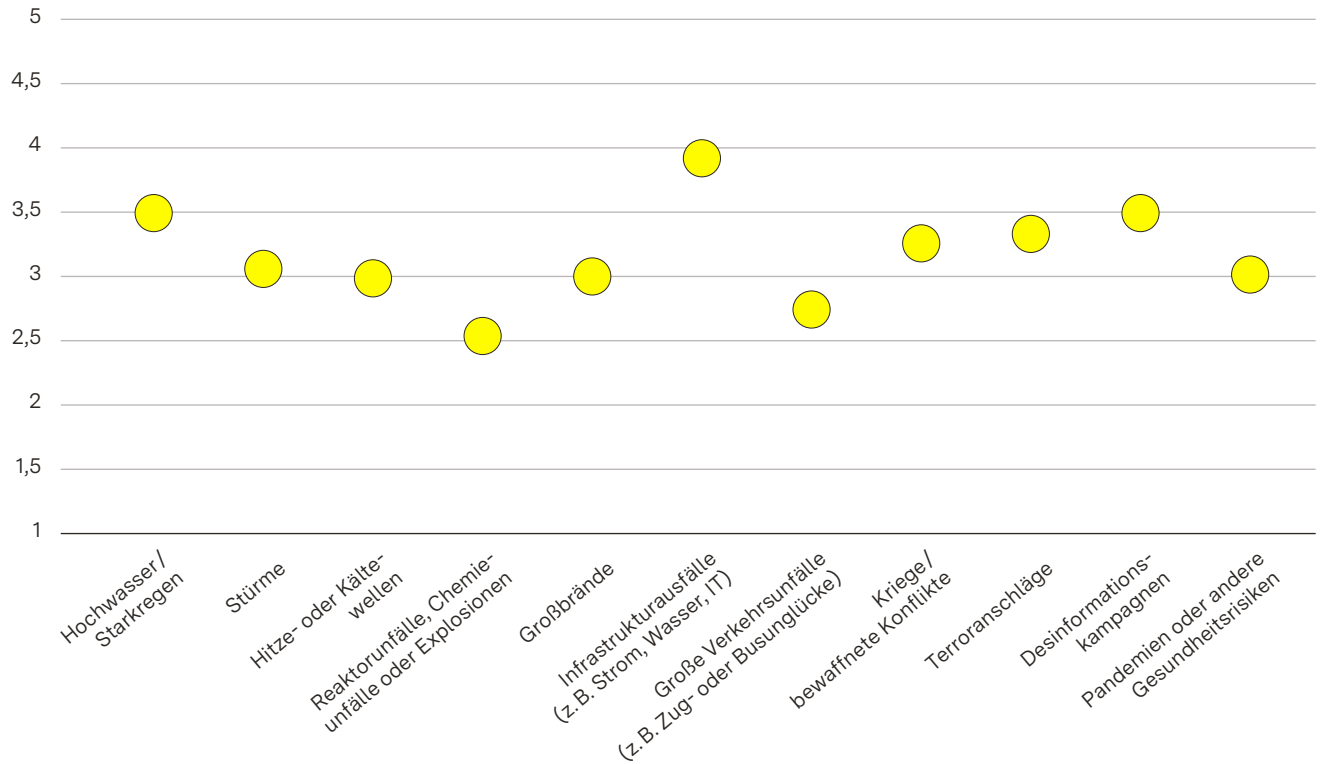


Abbildung 1: Durchschnittliche Bewertung der persönlichen Sorgen nach Gefahren sortiert

Wie gut fühlen Sie sich auf folgende Gefahren vorbereitet?

Bewerten Sie von 1 = überhaupt nicht bis 5 = sehr stark

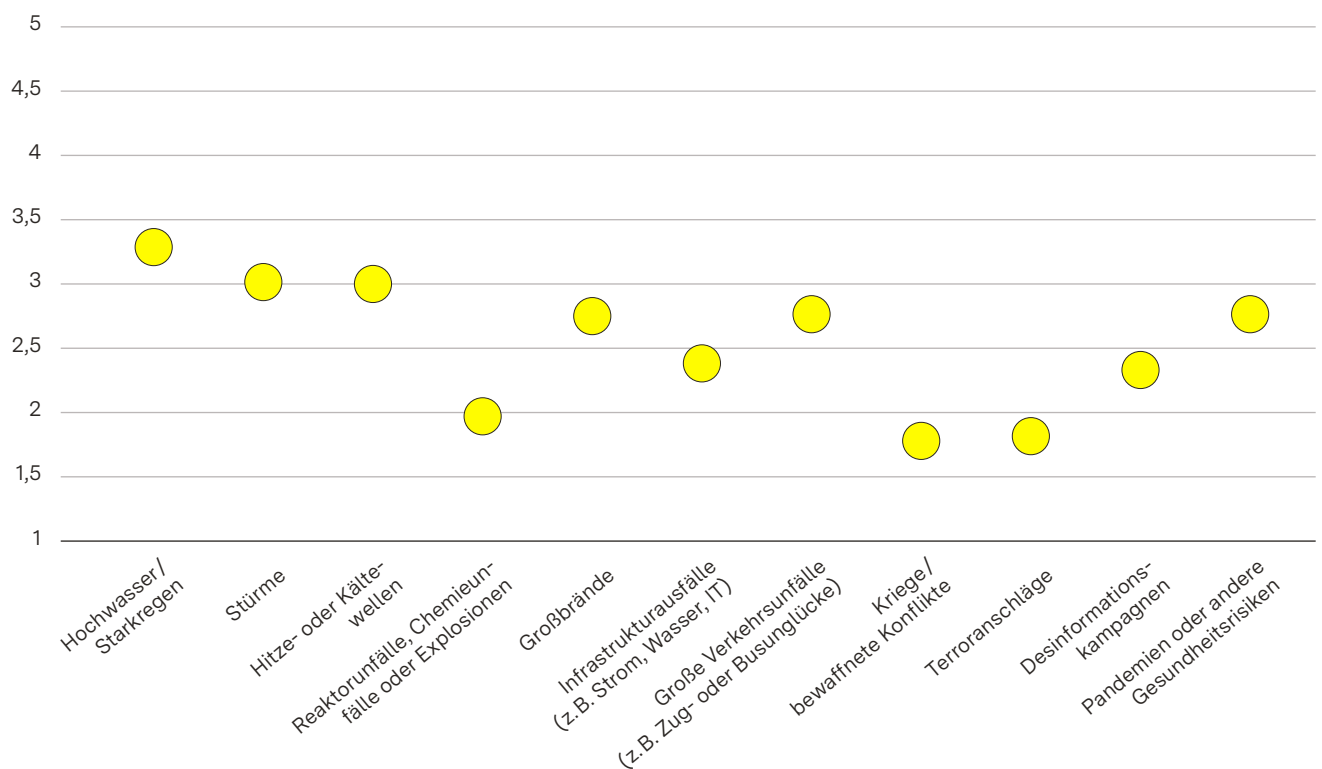


Abbildung 2: Durchschnittliche Bewertung der persönlichen Vorbereitung nach Gefahren sortiert

Projektpartner

Wie die Krisenvorsorge selbst ist auch dieser Bericht ein Gemeinschaftswerk. Das Staatsministerium bedankt sich herzlich bei allen Organisationen und Teilnehmenden, die in der ersten Projektphase mitgewirkt haben und/oder am weiteren Prozess beteiligt sind.



**Baden-Württemberg
Staatsministerium**



**Baden-
Württemberg
Stiftung**



**Servicestelle
Bürgerbeteiligung**



Impressum

Herausgeber

Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Straße 15, 71084 Stuttgart

Redaktion

Hanna Hahn, Pavlos Wacker, translake GmbH
Ansprechperson: Hanna Hahn, hanna.hahn@stm.bwl.de

Bildnachweise

tx-foto.com (Titel, Seite 29 unten rechts, Seite 22/23), Staatsministerium Baden-Württemberg/Reiner Pfisterer (Seite 3 und 4), translake GmbH (Seite 8 und 9), Gemeinde Rudersberg (Seite 13), Stadt Riedlingen (Seite 16 oben), DRK Kreisverband Riedlingen (Seite 16 unten), Oliver Hurst (Seite 21 oben), KD Busch (Seite 39), Stadt Rastatt (Seite 21), Stadt Villingen-Schwenningen (Seite 29), Gemeinde Meckenbeuren (Seite 33)

Grafische Gestaltung

Ilona Hirth Grafik Design GmbH

Druck

WiesingerMedia GmbH



Baden-Württemberg

